

# Ausbeutung ist Alltag in dieser brutalen Welt

Lieferkettengesetz: „Erfolgreich verwässert“, FR-Wirtschaft vom 25. Januar

## Minister Buschmann macht reine Klientelpolitik

Der von der FDP praktizierte Liberalismus hat mit der Bedeutung des Begriffs wenig zu tun. Unter liberal versteht die FDP vorwiegend den Schutz der Wirtschaft vor der Allgemeinheit. Justizminister Buschmann (FDP), der sich als Abgeordneter für den Schutz der Bürgerrechte stark gemacht hat, blockiert ein wirksames EU-Lieferkettengesetz. Er will die Interessen der Wirtschaft gegen Menschen und Umwelt durchsetzen. Der Richtlinienentwurf der EU-Kommission von 2022 war noch ambitioniert: Unternehmen ab 250 Mitarbeitern sollten vorbeugend dafür sorgen, dass es in ihrer Wertschöpfungskette nicht zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden kommt. Bei Verstößen sollten die Betroffenen ein Klagerecht gegen die Unternehmen in Europa haben.

Das ging der deutschen Wirtschaft viel zu weit. Wo kommen wir hin, wenn wir für Menschenrechtsverletzungen haftbar gemacht werden? Schließlich basiert unser wirtschaftlicher Erfolg im Wesentlichen auf der Ausbeutung von Menschen und Umwelt, vorwiegend in den ärmeren Ländern des globalen Sü-

dens. Buschmann hat in Brüssel auf Geheiß der deutschen Wirtschaftsverbände, mit denen er sich mehrfach getroffen hat, den Entwurf bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Speziell das Klagerrecht und die Einbeziehung der gesamten Wertschöpfungskette wurden abgelehnt. Ein weiterer Beweis dafür, dass die FDP reine Klientelpolitik betreibt und dabei Menschenrechte und Umweltschutz mit Füßen tritt.

Dieter Murmann, Dietzenbach

## Wirksame Regeln sollen verhindert werden

Die EU hat sich zum Schutz der Menschenrechte und einer globalen nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Ausbeuterische und gefährliche Arbeitsbedingungen, Vertreibung von Menschen und die Zerstörung von Regenwäldern sind Alltag in unserer brutal globalisierten Welt. Konzerne missachten Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz. Sie übernehmen keine Verantwortung, tragen keine Konsequenzen.

Mit einem starken EU-Lieferkettengesetz könnten menschenrechtskonforme Produktions- und Handelsbedingungen und wirksame Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen erreicht werden. Bewusst strenge Sorg-

faltspflichten würden verhindern, dass Unternehmen Missstände verursachen. Unternehmerische Sorgfaltspflichten müssen präventiv wirken. Betroffene müssten eine faire Chance bekommen.

25-mal hat sich nach eigenen Angaben der zuständige EU-Abgeordnete Axel Voss zum Lieferkettengesetz mit Vertretern von Unternehmen und ihren Interessenvertretungen getroffen. Mit Nichtregierungsorganisationen gab es drei Gespräche. Mindestens drei Mal haben sich Staatssekretär\*innen des Bundesjustizministeriums mit hochrangigen Wirtschaftsvertreter\*innen getroffen. An der Zivilgesellschaft hat der Minister offenbar kein Interesse. Mit der Initiative Lieferkettengesetz wollte er nicht sprechen. Wirtschaftsvertreter leisten Widerstand gegen ein Gesetz, das weltweit Menschen- und Umweltrechte durchzusetzen hilft. Sie wollen wirksame Regeln verhindern.

Politiker sind dem Wohl des Volkes verpflichtet und an nationales wie internationales Recht gebunden. Doch Entscheidungen scheinen durch persönliche sowie Partei- und Wirtschaftsinteressen bestimmt. Dies wäre rückwärtsgewandt und unverantwortlich. Maria Gubisch, Gelnhausen



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zusage auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Fforums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20230207](http://frblog.de/f20230207)

## FR ERLEBEN

**Claus-Jürgen Göpfert** moderiert die Podiumsdiskussion „Industriearbeitsplätze in Frankfurt erhalten“ mit Stephanie Wüst (Dezernentin für Wirtschaft, Recht, Reformen der Stadt Frankfurt, FDP), Michael Ehrhardt (1. Bevollmächtigter IG Metall Frankfurt) und Christian Schipniewski (Betriebsratsvorsitzender Binding-Brauerei).  
**Dienstag, 7. Februar, 18 Uhr**  
**DGB, Wilh.-Leuschner-Straße 69-77, Frankfurt**

**Claus-Jürgen Göpfert** spricht mit der Schriftstellerin Sybille Ruge über ihren Roman „Davenport 160x90“.  
**Donnerstag, 9. Februar, 19.30 Uhr**  
**Buchhandlung Weltenleser, Oeder Weg 40, Frankfurt**

**Lutz „Bronski“ Büge** liest aus seinem neuen Roman „Noah schläft - Die Rückkehr der Arche“, der auf der Leipziger Buchmesse vorgestellt wird.  
**Freitag, 28. April, 13 Uhr**  
**Samstag, 29. April, 13.30 Uhr**  
**Sonntag, 30. April, 13 Uhr**  
**Leipziger Buchmesse**

# Merzens Heuchelei

Zu: „CDU-Spitze stellt Maaßen Ultimatum“, FR-Politik vom 31. Januar

Herr Merz meint, dass Herr Maaßen nicht mehr in die CDU passt, und bittet ihn freundlich, die Partei zu entlasten. Und was ist mit der Werteunion, in der sich Tausende von Parteimitgliedern aus CDU und vor allem CSU befinden, die diesen Herren mit 95 Prozent zu ihrem Vorsitzenden gewählt haben? Womit klar verdeutlicht wird, dass sie praktisch alle hinter Maaßen stehen und dessen Meinungen und Einstellungen unterstützen bzw. befürworten. Warum fordert Merz nicht auch diese unmissverständlich auf, die Partei zu verlassen? Die Kritik auf eine einzelne Person zu beschränken, ohne die Gesinnungsgenossen in der Werteunion überhaupt zu erwähnen, kann demnach nur als reine Heuchelei verstanden werden. Jost Simon, Esslingen

## Ein Rechter als Verfassungsschützer

Man könnte fast sagen: „Wir reden nicht vom Wetter“, denn alle reden über den plötzlich ach! so schlimmen Hans-Georg Maaßen, aber keiner redet davon, was der Rechte als Verfassungsschutzboss zwischen 2012 und 2018 gemacht hat. Ist das ein klarer Fall von Verfassungsschutz? Sonnenschutz schützt vor der Sonne, der Verfassungsschutz schützt vor der Verfassung. Thomas Kikauer, Sydney (AUS)

# Gezielter einkaufen

Zu: „Streit übers Containern“, FR-Wirtschaft vom 12. Januar

Containern in Zukunft straffrei zu gestalten, würde einen Anfang zum bewussteren Umgang mit Lebensmitteln machen. Es gibt aber auch andere Wege, die dazu führen. Jeder Bürger:in kann mit Zettel und Planung zum Einkauf gehen und auf Spontankäufe verzichten, was nicht immer einfach ist, wenn ein Gemüse z.B. nur einmal im Jahr angeboten wird. Die Geschäfte können gezielter einkaufen, es muss nicht immer alles im Überfluss vorhanden sein. Außerdem freut sich mancher über Obst und Gemüse, das ordentlich präsentiert, jedoch nur noch gerade eben verzehrfähig, in einem Hasenfutterbereich angeboten wird. Damit würden nächtliche Einbrüche vermieden. Weiter sollte grundsätzlich so gut wie alles vom Feld in den Handel kommen. Die herzförmige Kartoffel schmeckt genauso gut wie die ideal ausgeformte. Konserven- oder Saffhersteller sollten auch kleine und krumme Früchte verarbeiten. Bei zurückgegriffener Ware kann der Handel extra Entsorgungsbehältnisse, die entsprechend gekennzeichnet sind, in einem abgeschlossenen Bereich aufstellen. Damit würde der Handel seine Verantwortlichkeit klar aufzeigen. Elisabeth Baumann, Esslingen

# Am Ende bleibt nur Schweigen übrig

Zu: „Warum Delilah nicht mehr lachte“, FR-Feuilleton vom 3. Februar

Ältere Semester erinnern sich, dass es eine Zeit gab, in der Menschen Schallplatten rückwärts abspielten, um festzustellen, ob da etwas „Verbotenes“ zu hören sei. Harry Nutt gibt zu bedenken, dass er keine Ahnung hatte, worum es im Song „Delilah“ geht. Sicherlich macht es einen erheblichen Unterschied, ob man „native speaker“ ist oder nicht. Nur: Ist das das Problem? Das Stück ist von 1968. In nunmehr 50 Jahren hat anscheinend kein Mann, keine Frau Anstoß genommen. Jetzt auf einmal sieht sich der walisische Rugby-

Verband genötigt, es nicht mehr zu spielen, weil jemand verstört sein könnte. Vorauseilender Gehorsam? Wie ist es mit „I Shot the Sheriff“ von Bob Marley? Was ist mit der Hymne der Sufi-Fragetten „Jerusalem“? Mit diversen Songs von Frank Zappa? Wir erinnern uns an die Bilder von Balthus, die abgehängt wurden, oder die Diskussion um Figuren in Geschichten Michael Endes. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Glaubt jemand, dass ich einen Sheriff erschieße, weil ich das Stück gehört habe, oder eine Frau ersteche (zumal es in

dem Song um ein Eifersuchtsproblem geht, zum Mord wird nicht aufgerufen)? Überschätzt man da nicht die Wirkung solcher Werke bzw. unterschätzt man nicht das Urteilsvermögen von Menschen? Wer kann wissen, was den anderen verstört? Ist diese Haltung, dieses Verhalten nicht paternalistisch? Diese Entwicklung, deren Absicht ich durchaus verstehe, lässt mich Schlimmes befürchten. Denn wenn man sie konsequent zu Ende denkt, bleibt nichts mehr übrig außer Schweigen.

Rüdiger Erdmann, Pattensen

# Zum Wohl der kranken Menschen

Zu: „Magisches Denken kann den Weg in radikalere Welten ebnen“, FR-Feuilleton vom 28. Januar

Einseitige Darstellungen können den Weg in radikalere Welten ebnen. Als gründlich in Universität und Klinik ausgebildeter, sorgfältig arbeitender Facharzt für Allgemeinmedizin mit ganzheitlichen Ansatz stimme ich Frau Lamberty zu, dass man eine klare Abgrenzung zu gefährlichen alternativen „Heilern“ vornehmen sollte. Aber wir akademischen wissenschaftlich ausgebildeten Menschen sollten doch versuchen, eine möglichst vollständige, ausgewogene Analyse zu veröffentlichen und nicht alle Variationen der Naturheilkunde in einen Topf zu werfen und das Ganze auch noch mit Verschwörungstheorien und Rechtsradi-

kalen zu verquicken. Schließlich wollen wir die Gesellschaft nicht noch weiter spalten, sondern erreichen, dass unsere Heilbemühungen zum Wohle des kranken Menschen angewendet werden.

Eine Abgrenzung der Schulmedizin ist nicht pauschal zur Alternativmedizin (Homöopathie, Anthroposophie, Phytotherapie) wichtig, sondern ist konsequent vorzunehmen gegenüber schlecht ausgebildeten Heilern mit magischen Heilversprechen, die zum Nachteil des Patienten ihre Geschäfte machen. Um diese Abgrenzung zu erreichen, erscheint mir eine gute Ausbildung von uns Schulmedizinern gerade in der Komplementärmedizin

wichtig. Dem widerspricht klar die Abschaffung der Zusatzbezeichnung „Homöopathie“ und damit die Möglichkeit zur gründlichen Ausbildung mit anschließender Qualifikation.

Demokratie entsteht nicht durch Verteufelung von alternativen Methoden, sondern durch einen ausgewogenen Diskurs und durch Mitbestimmung aller Beteiligten (v.a. der Patienten, die Naturheilverfahren sehr schätzen). Die Abgrenzung sollte nicht gegenüber jeder Art von Alternativmedizin erfolgen, sondern gegenüber unqualifiziertem Vorgehen, das das Wohl des kranken Menschen nicht im Auge hat. Dr. Stefan Deinhart, Frankfurt